



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief April 2021

Bundeskabinett beschließt Betriebsrätemodernisierungsgesetz

Das Bundeskabinett hat den [Entwurf des Betriebsrätemodernisierungsgesetzes](#) beschlossen. Damit sollen Betriebsratsgründungen und -wahlen sowie die Betriebsratsarbeit gefördert werden. Zudem sieht das Gesetz Anpassungen des Sprecherausschussgesetzes, der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung und des Kündigungsschutzgesetzes vor.

Der DGB fordert eine Modernisierung der Betriebsverfassung

Aus Sicht der Gewerkschaften beinhaltet der Gesetzentwurf einige zentrale Punkte, die den Beschäftigten mehr Schutz gewähren. So sollen die Regelungen zum vereinfachten Wahlverfahren ausgeweitet und die Möglichkeit, Betriebsratswahlen anzufechten, eingeschränkt werden. Der Kündigungsschutz und die Mitbestimmungsrechte bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit sollen ausgeweitet werden.

Laut DGB ist der Gesetzentwurf zum "Betriebsrätemodernisierungsgesetz" ein erster Schritt in die richtige Richtung, er reiche jedoch nicht aus, um die Mitbestimmung wirklich zu stärken.

[Weiterlesen](#) im DGB Newsletter "einblick"

Bundesregierung verlängert Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen

Erichtungen der Behindertenhilfe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen können zur Zeit Leistungen zum Ausgleich der Pandemiefolgen erhalten. Die Frist zur Beantragung von Leistungen wird aufgrund der andauernden pandemischen Lage nun bis zum 31. Mai 2021 verlängert.

[Weiterlesen](#) in der BMAS Pressemitteilung vom 09.04.2021

Höhere Langzeitarbeitslosigkeit erfordert mehr öffentlich geförderte Beschäftigung

Die Corona Pandemie hat auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen erheblich ansteigen lassen. In 12 Monaten nahm die Langzeitarbeitslosenzahl von 708.728 im März 2020 auf 1.009.801 im Februar 2021 zu – eine Steigerung um 301.073 bzw. 42,5 %. Im gleichen Zeitraum stieg die Gesamtarbeitslosigkeit von 2.335.367 auf 2.904.413 – eine Steigerung um 569.046 oder 24,4 %.

Andreas Hammer schlägt deshalb in seinem [Artikel](#) als Konsequenz daraus eine verstärkte öffentlich geförderte Beschäftigung vor.

Eingliederungserfolge bei Langzeitarbeitslosen im Instrumentenvergleich

Andreas Hammer vergleicht die drei wesentlichen Eingliederungsinstrumente der letzten Jahre für Langzeitarbeitslose auf ihren Eingliederungserfolg. Im Vergleich der Eingliederungsquoten hat das ESF-Bundesprogramm zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit den besten Wert mit einer EQ von rund 68 Prozent. Fast genauso gut ist die abgeschaffte Förderung von Arbeitsverhältnissen mit etwa 60 Prozent. Deutlich niedriger liegt das aktuelle Instrument des Teilhabechancengesetzes, die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, bei 35 Prozent (fast die Hälfte des Wertes des ESF-Programms).

[Weiterlesen](#) auf der Homepage von Andreas Hammer

Teilhabe am Arbeitsmarkt im Sinkflug 2021?

"Teilhabe am Arbeitsmarkt" (§ 16i SGB II) soll als Instrument des sogenannten Teilhabechancengesetzes seit 1.1.2019 die Teilhabe von Langzeitleistungsbeziehenden fördern. Dabei geht es um Personen, die in der Regel innerhalb der letzten sieben Jahre sechs Jahre

Arbeitslosengeld II bezogen haben, unabhängig davon, ob sie arbeitslos waren oder nicht. Im Februar 2021 waren 42.605 Förderfälle im Bestand, die Zahl der Eintritte lag bei 593. Seit August 2019 gehen die monatlichen Zugänge bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt im Trend zurück. Diese Entwicklung hat bereits deutlich vor Beginn der Corona-Pandemie eingesetzt. Der anfänglich schnelle Anstieg der Fallzahlen, lag auch daran, dass Teilnehmende aus vorangegangenen Förderprogrammen mit §16 i SGB II weiter gefördert werden konnten. [Weiterlesen](#) auf der Homepage von Andreas Hammer

Förderung der beruflichen Weiterbildung: Ausgaben 2012 bis März 2021 (SGB II)

Nach Angaben des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) haben die 302 Jobcentern gE ("gemeinsame Einrichtungen" der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen) von April 2020 bis März 2021 gemäß der Abrechnungsergebnisse der Bundesagentur für Arbeit nur noch 457,2 Millionen Euro für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" (FbW -SGB II) ausgegeben, 110,7 Millionen Euro (19,5 Prozent) weniger als ein Jahr zuvor.

Von April 2019 bis März 2020 wurden von den Jobcentern gE noch insgesamt 567,9 Millionen Euro für die "Förderung der beruflichen Weiterbildung" ausgegeben.

[Weiterlesen](#)

BMBF-Förderbekanntmachung zum Aufbau einer digitalen Bildungsplattform

Die neue Förderrichtlinie des BMBF hat das Ziel, eine [Nationale Bildungsplattform als Metaplattform](#) zu gestalten, um einen individuell und gleichzeitig übergreifend nutzbaren digitalen Zugang zu innovativen Lehr- und Lernformaten zu schaffen.

Die Richtlinie wurde am 26. April 2021 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Bis zum 26. Mai 2021 können Förderanträge für die Prototyp-Entwicklung der Bildungsplattform (Ziel 3) eingereicht werden. Für Lehr- und Lernangebote und -szenarien (Ziel 1 bzw. 2) ist die Antrags-einreichung bis zum 07. Juni 2021 möglich.

Antragsberechtigt sind staatliche und nicht staatliche Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Verbände, Vereine und sonstige Organisationen sowie Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft.

Das BMBF stellt in zwei Informationsveranstaltungen am 05. und 06. Mai 2021 die Inhalte der Bekanntmachung vor, beantwortet Fragen und bietet eine Einführung in die Plattform Easy-Online an.

Digitaloffensive Weiterbildung

Der digitale Wandel verändert die Wirtschaft mit neuen Anforderungen an Unternehmen und Beschäftigte. Gewisse Berufe werden wegfallen, andere neu entstehen. Viele Berufsbilder werden sich grundlegender ändern, Stichwort Arbeit 4.0. Der Weg dorthin ist ein Prozess, das Ziel ist nicht statisch und wird sich möglicherweise auch während des noch laufenden Prozesses immer wieder verändern.

Dieses Wissen und diese Erkenntnisse hat den Bundesverband der Träger beruflicher Bildung (BBB) veranlasst, möglichst frühzeitig Lösungsmöglichkeiten und -wege aufzuzeigen, im Schulterschluss mit der *bag arbeit* und weiteren Unterstützern.

Die [Digitaloffensive Weiterbildung](#) versteht sich als Vorschlag der beteiligten Organisationen und als Diskussionsgrundlage, um die Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der Transformation der Arbeitswelt ergeben, erfolgreich zu bewältigen.

Quelle: bag arbeit

Der Einsatz digitaler Lernformen in der Ausbildung

Zur positiven Dynamik, die sich in der Corona-Pandemie entfaltet hat, zählt der Anschub im Bereich der digitalen Lehr- und Lernformen. In seinem [Gastbeitrag](#) für "überaus" zeigt Lutz

Goertz, Leiter des Kooperationsprojekts "Monitor Digitale Bildung", mit welchen Lernwerkzeugen junge Menschen in der Ausbildung konfrontiert werden, die ihnen aus der Schule nicht bekannt sind. Zwar sind Betriebe und Berufsschulen für diese Werkzeuge verantwortlich, Lutz Goertz verweist aber auf Möglichkeiten, schon vorher Angebote zu nutzen, die Medienkompetenz und den souveränen Umgang mit Lernmedien vermitteln.

“hib“ und “DIP“ – Meldungen März/April 2021 – In chronologischer Reihenfolge

Integrationskurse für Menschen mit Behinderungen (Drucksache-DS:19/27553 – *Integrationskurse für Menschen mit Behinderungen*)

Die Zahl der begonnenen Integrationskurse für Gehörlose hat im vergangenen Jahr laut Bundesregierung bei zwölf gelegen. Wie aus der Antwort der Bundesregierung ([19/27553](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([19/27041](#)) weiter hervorgeht, belief sich die Zahl der begonnenen Integrationskurse für Blinde im Jahr 2020 auf neun.

Quelle: hib-Meldung 417 vom 31.03.2021

Zahl der neuen Integrationskursteilnehmer in 2020 (Drucksache-DS:19/27757 – *Situation der Sprach- und Integrationskurse während der COVID-19-Pandemie*)

Die Zahl der neuen Integrationskursteilnehmer ist im vergangenen Jahr laut Bundesregierung auf 105.743 gesunken, nachdem sie im Vorjahr bei 176.445 gelegen hatte. Wie aus der Antwort der Bundesregierung ([19/27757](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([19/27250](#)) weiter hervorgeht, ging zugleich die Zahl der neuen Teilnahmeberechtigungen beziehungsweise -verpflichtungen für einen Sprach- und Integrationskurs von 235.083 im Jahr 2019 auf 168.536 im Folgejahr zurück. Die Angaben für das Jahr 2020 entstammen laut Vorlage jeweils einer vorläufigen Abfrage mit Stand vom 8. März 2021.

Quelle: hib-Meldung 425 vom 01.04.2021

Weniger geringfügige Beschäftigung (Drucksache-DS:19/27860 – *Die Entwicklung der Minijobs im Zuge der Corona-Pandemie*)

Die Corona-Pandemie hat zu einem deutlichen Rückgang der geringfügigen Beschäftigung im Vorjahresvergleich geführt. Der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten an allen geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen hat sich jedoch schon in den letzten Jahren merklich verringert, wohingegen sich die Zahl von geringfügig entlohnt Beschäftigten in einem Nebenjob sukzessive erhöht hat. Pandemiebedingt gebe es jedoch auch hier Rückgänge im Vorjahresvergleich, führt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/27860](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/26730](#)) der FDP-Fraktion aus. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse reagierten verhältnismäßig stark auf Veränderungen der Wirtschaftslage. Deswegen seien geringfügig Beschäftigte von den Folgen der Corona-Pandemie besonders betroffen, schreibt die Regierung. Sie hat laut eigener Aussage keine Erkenntnisse darüber, wie diese Beschäftigten den pandemiebedingten Verdienstaufschlag kompensieren.

Quelle: hib-Meldung 462 vom 13.04.2021

Förderprogramme für Digitalisierung (Drucksache-DS:19/27547 – *Effizienz der Förderung zur digitalen Transformation – Förderprogramme der Bundesregierung*)

Die Bundesregierung informiert über ihre Förderprogramme zur Digitalisierung. In einer Antwort ([19/27547](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([19/27068](#)) listet sie auf, welche unmittelbaren Programme es für den Ausbau der IT-Sicherheit, der Industrie 4.0, der Künstlichen Intelligenz und der Digitalisierung allgemein gibt. Eine Übersicht über alle EU-, Länder- und Bundesprogramme gebe es zudem auf www.foerderdatenbank.de, dort seien rund 2.600 Programme einsehbar...

[Weiterlesen](#) in der hib-Meldung 466 vom 13.04.2021

Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit (Drucksache-DS:19/28245 – *Die Perspektive von Langzeitarbeitslosen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie*)

Die Zahl langzeitarbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (ELB) in der Grundsicherung hat sich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt deut-

lich erhöht. Das ist der Antwort ([19/28245](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/27253](#)) der FDP-Fraktion zu entnehmen. Demnach gab es laut Daten der Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2019, also kurz vor Beginn der Pandemie, rund 592.000 ELB. Bis August 2020 ist deren Zahl auf rund 721.000 angestiegen.

"Die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit wird von der Dauer der Pandemie und dem Erfolg ihrer Eindämmungsmaßnahmen, dem Beginn eines wirtschaftlichen Aufschwungs unter den Bedingungen des Strukturwandels sowie der Dekarbonisierung der Wirtschaft und damit der Aufnahmefähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes abhängig sein. Derzeit können keine verlässlichen Aussagen zur Entwicklung in den kommenden Monaten und Jahren getätigt werden", schreibt die Bundesregierung.

Quelle: hib-Meldung 473 vom 14.04.2021

Weniger Regelleistungsberechtigte (*Drucksache-DS:19/28247 – Entwicklung der Ausgaben im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Hartz IV) für den Zeitraum von 2007 bis 2020*)

Nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit ist die Anzahl der Regelleistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitssuchende von rund 7,09 Millionen im Jahresdurchschnitt 2007 auf rund 5,42 Millionen im aktuell gleitenden Jahresdurchschnitt gesunken. Das entspreche einem Rückgang um rund 1,67 Millionen beziehungsweise 23,5 Prozent, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/28247](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/27060](#)) der AfD-Fraktion.

Der monatliche Gesamtbetrag der Zahlungsansprüche von Leistungsberechtigten auf Regelleistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) ist demnach von rund 2,47 Milliarden Euro im Jahresdurchschnitt 2007 auf rund 2,43 Milliarden Euro im aktuell gleitenden Jahresdurchschnitt gesunken. Dies entspricht einem Rückgang um rund 37 Millionen Euro oder 1,5 Prozent, wie aus der Antwort weiter hervorgeht.

Quelle: hib-Meldung 474 vom 14.04.2021

Armut und Reichtum in Deutschland (*Drucksache-DS:19/28349 – Die Schere zwischen Arm und Reich*)

Im Jahr 2019 waren 2,6 Prozent der Bevölkerung in Deutschland von erheblicher materieller Entbehrung betroffen. Im Jahr 2015 waren es nach Angaben der Bundesregierung noch 4,4 Prozent der Bevölkerung. Das geht aus einer Antwort ([19/28349](#)) der Regierung auf eine Kleine Anfrage ([19/28018](#)) der Fraktion Die Linke zur Verteilung von Armut und Reichtum hervor. In der Antwort heißt es weiter, dass im Jahr 2018 rund 7,6 Prozent der Menschen im Alter von 0 bis 59 Jahren in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung lebten. Der Gini-Koeffizient, der den Grad der Ungleichheit der Einkommensverteilung nach dem häuslichen Pro-Kopf-Einkommen angibt, lag demnach 2018 bei 0,713. Die zehn Prozent der Erwachsenen mit den höchsten verfügbaren, gewichteten Einkommen (10. Dezil) verfügten 2018 laut Antwort über 50 Prozent des Nettovermögens der Haushalte. Die zehn Prozent mit den niedrigsten verfügbaren Einkommen (1. Dezil) waren dagegen verschuldet.

Quelle: hib-Meldung 510 vom 19.04.2021

Änderungen bei Teilhabeleistungen (*Drucksache-DS:19/27400 – Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger der Sozialhilfe (Teilhabestärkungsgesetz)*)

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat am Mittwoch dem Gesetzentwurf ([19/27400](#)) der Bundesregierung für ein Teilhabestärkungsgesetz in geänderter Fassung zugestimmt. Für den Entwurf stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, während sich die Oppositionsfraktionen enthielten. Das Gesetz sieht zahlreiche Änderungen in den Sozialgesetzbüchern vor, die den Alltag von Menschen mit Behinderungen erleichtern sollen. Unter anderem soll sich die Betreuungssituation in den Jobcentern verbessern, Gewaltschutzkonzepte sollen Menschen, die in Einrichtungen leben, besser vor Übergriffen schützen. Menschen mit Behinderungen soll der Zutritt nicht wegen der Begleitung eines Assistenz- oder Blindenführhundes verweigert werden können. Die eingefügten Änderungen betreffen unter anderem Regelungen zur Anrechnung der Warmmiete, die Aufnahme digitaler Gesund-

heitsanwendungen in den Katalog der medizinischen Rehabilitationsleistungen, die Beteiligung der Jobcenter an dem Rehabilitationsprozess und Klarstellungen beim Thema Gewaltschutzkonzepte...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 528 vom 21.04.2021*

Selbständige in den Jobcentern (*Drucksache-DS:19/28585 – Erleichterter Zugang zu Hartz IV für Soloselbstständige*)

Von April 2020 bis März 2021 haben sich laut Bundesregierung insgesamt rund 123.000 Selbständige neu in den Jobcentern gemeldet. Das sind 106.000 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/28585](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([19/28222](#)) unter Hinweis auf Daten der Bundesagentur für Arbeit schreibt. Von den seit April 2020 zugegangenen Selbständigen waren demnach im März 2021 noch rund 69.000 als Arbeitsuchende (mit einer Meldedauer von weniger als zwölf Monaten) bei den Jobcentern gemeldet. Im Vorjahresmonat waren rund 10.000 Selbständige mit einer Meldedauer von weniger als zwölf Monaten bei den Jobcentern gemeldet.
Quelle: hib-Meldung 550 vom 26.04.2021

Arbeitsrecht

Höhe einer betrieblichen Altersversorgung - Auswirkung von Teilzeitbeschäftigung

Eine Versorgungsregelung kann wirksam vorsehen, dass bei der Ermittlung der anrechnungsfähigen Dienstzeiten im Rahmen der Berechnung des Altersruhegelds die Zeiten einer Teilzeitbeschäftigung lediglich anteilig berücksichtigt werden. Ebenso kann eine Versorgungsregelung vorsehen, dass eine Höchstgrenze eines Altersruhegelds bei in Teilzeit beschäftigten Arbeitnehmern entsprechend dem Teilzeitgrad während des Arbeitsverhältnisses gekürzt wird. Diese Regelungen stellen keine unzulässige Diskriminierung wegen der Teilzeitarbeit iSv. § 4 Abs. 1 TzBfG dar...

Bundesarbeitsgericht, Urteil vom 23. März 2021 - 3 AZR 24/20 - [BAG Pressemitteilung](#)

Das Urteil zusammengefasst auf der [Internetseite der TK](#)

Betriebsrisiko in der Pandemie trägt der Arbeitgeber

Auch in der Corona-Pandemie trägt der Arbeitgeber das Betriebsrisiko und muss einem Arbeitnehmer den Lohn auszahlen – selbst wenn er nicht im Dienst war...

Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Urteil vom 30. März 2021 – 8 Sa 674/20

[Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung des Landesarbeitsgericht Düsseldorf

Impfen und Testen: Was Beschäftigte jetzt wissen müssen

[DGB-Ratgeber](#) zur Sars-CoV2-Impfverordnung und arbeitsrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Impfung.

Aktuelles aus dem Internet

IAB-Infoplattform: Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland

Diese [Infoplattform](#) stellt Einschätzungen aus Forschung und Politik zu den Auswirkungen der Corona Pandemie auf den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung und notwendige Maßnahmen in Deutschland zusammen.

IAB-Informationportal: Einschätzungen des IAB zu den Folgen der Covid-19-Pandemie

Auf [dieser Seite](#) finden Sie Einschätzungen von Forschern/innen sowie aktuelle Daten des IAB zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt.

BA-Statistiken zur Langzeitarbeitslosigkeit

In den interaktiven Diagrammen und Tabellen der Bundesagentur für Arbeit werden die wichtigsten Statistiken zur [Langzeitarbeitslosigkeit](#) für Deutschland, die Bundesländer, Kreise, Agenturbezirke und Arbeitsmarktregionen abgebildet.

IAB-Forum: Die Grundsicherung für Arbeitsuchende muss unterschiedlichen Lebenssituationen und Zielsetzungen gerecht werden

Die Wendung "Fördern und Fordern" ist zu einem Synonym für die aktivierende Arbeitsmarktpolitik geworden. Auf der Seite derjenigen, an die sich das Fördern und Fordern richtet, besteht eine große Vielfalt. Die [IAB-Forschung](#) wirft einen genauen Blick auf sehr unterschiedliche Fragen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende.

FIBS-Prognose: Benachteiligte Jugendliche am Übergang in Ausbildung

Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge wird in diesem Jahr noch einmal deutlich sinken: Das Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) [schätzt](#), dass dieses Jahr nur noch rund 430.000 Ausbildungsverträge im dualen System unterschrieben werden könnten. Das sind fast 100.000 weniger als noch 2019 und 35.000 weniger als 2020. Es zeigt sich auch, dass insbesondere der Anteil der Abiturienten/innen im dualen System angestiegen ist, während Jugendliche mit Realschul- oder Hauptschulabschluss immer schlechtere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Ausbildung auf einen Blick: Neue Internetseite bündelt Informationen und Angebote

Die Website <https://www.arbeitsagentur.de/m/ausbildungklarmachen/> der Bundesagentur für Arbeit (BA) richtet sich in erster Linie an Jugendliche. Sie bündelt übersichtlich an einem Ort alle wichtigen Informationen und Angebote rund um das Thema Ausbildung: von Tipps für die Berufswahl und dem Online-Berufserkundungstool "Check-U", bis hin zu mehr als 100.000 Ausbildungsplatzangeboten aus der BA-Jobbörse...

[Weiterlesen](#) in der BA Pressemitteilung Nr.15 vom 23.04.2021

Trendumkehr am Arbeitsmarkt: Immer mehr Langzeitarbeitslose unter 35

Am Arbeitsmarkt gibt es eine Trendumkehr: Nach Jahren des Rückgangs nimmt die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder zu. Experten fürchten sogar 1,3 Millionen bis zum Jahresende. Doch die Corona Pandemie ist nicht der einzige Grund. Vor allem eine Zahl bestürzt", schreibt "[welt.de](#)".

WSI-Studie: Auch in Corona-Zeiten sind vier von zehn Neueinstellungen befristet

Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber haben ihre Neueinstellungen im Zuge der Corona-Krise deutlich zurückgefahren. So lag die Zahl der Menschen, die eine neue Beschäftigung aufnahmen, im zweiten Quartal 2020 um 29 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Das zeigt eine neue [Untersuchung](#) von Forschern des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, die auch aktuelle Daten für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland liefert.

IAB-Forum: Befristungen im zweiten Jahr in Folge rückläufig

Die Zahl der befristet Beschäftigten sank zwischen 2018 und 2020 von 3,2 auf 2,4 Millionen. Dahinter stehen zwei unterschiedliche Entwicklungen: Im Jahr 2019 wurden noch viele befristet Beschäftigte in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen. Im Corona-Jahr 2020 hingegen sackte vor allem die Zahl der Neueinstellungen, auch der befristeten, deutlich ab.

[Weiterlesen](#) im "IAB-Forum"

Aktuelle Daten und Indikatoren zur befristeten Beschäftigung in Deutschland 2020

Die [IAB-Excel-Tabelle](#) belegt detailliert, dass 2020 die Bedeutung der befristeten Beschäftigung insgesamt weiter abnahm und signifikant weniger befristet Beschäftigte in ein unbefristetes Vertragsverhältnis übernommen wurden.

Veröffentlichungen**OECD Bericht zur beruflichen Weiterbildung in Deutschland**

Die OECD hat aktuell ihren [Bericht zur beruflichen Weiterbildung in Deutschland](#) vorgestellt. Der Bericht untersucht, wie gut das Weiterbildungssystem Erwerbstätige und Unternehmen

bereits unterstützt und formuliert weitere Handlungsempfehlungen.

Weitere Infos und eine Zusammenfassung des Berichtes auf der [wb-web Internetseite](#)

Evaluation des ESF-Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

Das [“ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter nach dem SGB II”](#) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichte den teilnehmenden Jobcentern, arbeitsmarktferne langzeitarbeitslose Frauen und Männer durch einegezielte Ansprache und Beratung von Arbeitgebern, beschäftigungsbegleitendes Coaching sowie Lohnkostenzuschüsse zu unterstützen. Insgesamt wurden rund 20.400 Langzeitarbeitslose im Rahmen des Programms gefördert (2015-2020).

[Mehr Infos und Download](#)

Stellungnahme der Nationalen Armutskonferenz zum Armuts- und Reichtumsbericht

Die [nationale Armutskonferenz \(nak\)](#) zeigt sich alarmiert angesichts der Ergebnisse des 6. Armuts- und Reichtumsberichts. Er mache mehr als deutlich, dass sich Armut nicht nur auf einem Höchststand befinde, sondern auch von verfestigter Armut gesprochen werden muss. Gerade die materiellen Lebensumstände der am stärksten von Armut betroffenen Menschen stagnieren. Die beobachtete Verfestigung von Armut und der Abkopplung vom gesellschaftlichen Entwicklungsstand sieht die nak als Auftrag an die Politik, die Lebensbedingungen von Menschen mit Armutserfahrung zu verbessern.

[NAK-Stellungnahme](#)

AWO-Stellungnahme zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht

Der AWO Bundesverband hat Stellung zum Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts genommen. Demnach steht die Armutsrisikoquote nicht nur auf einem neuen Höchststand, sondern es gelte immer häufiger: Einmal arm, immer arm. Die Corona-Pandemie verschärfe die soziale Ungleichheit noch. Der Verband warnt deutlich vor den Folgen verfestigter Armut und fordert eine grundsätzliche Reform der Armutspolitik...

[Weiterlesen](#) in der AWO Pressemitteilung vom 14.04.2021

Publikation des Paritätischen: Vor Armut schützende Hilfen

Gemeinsam mit Spitzenvertretern/innen von über 40 weiteren bundesweiten Organisationen setzt sich der Paritätische Gesamtverband aktiv für eine Politik ein, die die Folgen der Corona-Pandemie für arme Haushalte nicht aus dem Blick verliert und echte, vor Armut schützende Hilfen schafft. Mehr dazu in einer [aktuellen Publikation des Verbands](#).

Dritter Teilhabebericht über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen

Ende März 2021 wurde der dritte Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen veröffentlicht.

Der [3. Teilhabebericht](#) beschreibt die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen und zeigt auf, wie sich Teilhabe zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen unterscheidet und welche Entwicklungen im Zeitverlauf zu beobachten sind. Inhaltlich informiert der Bericht über grundlegende Daten zum Thema Behinderung.

Der Teilhabebericht umfasst weit über 800 Seiten. Besonders hervorzuheben ist, dass dieser bereits erste Daten und Erkenntnisse über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen mit Beeinträchtigungen beinhaltet.

Handlungsansätze für die Förderung innovativer gemeinwohlorientierter Initiativen

Die [Publikation](#) des Umweltbundesamts (UBA) richtet sich an Akteure aus Zivilgesellschaft, Sozialunternehmen sowie (Umwelt-) Politik und -Verwaltung. Sie vermittelt Handlungsempfehlungen, wie gemeinwohlorientierte Initiativen (z.B. offene Werkstätten, Gemeinschaftsgärten, Online-Plattformen für Tausch und Verleih oder genossenschaftliche Wohnprojekte) unterstützt und ihr Beitrag für sozial-ökologische Transformationsprozesse gestärkt werden kann. Die Broschüre zeigt, wie Kooperationen zwischen Kommunen und

gemeinwohlorientierten Initiativen gelingen und wie sich Fördermaßnahmen stärker auf verschiedene Entwicklungsphasen der Initiativen ausrichten lassen.

Auswirkungen der Corona-Krise auf das Familien- und Erwerbsleben

Die [Kurzexpertise](#) des BMAS beleuchtet u.a. familien- und gleichstellungspolitische Veränderungen und Probleme in Deutschland, die sich in der Corona-Pandemie am Arbeitsmarkt abzeichnen. Außerdem werden Handlungsansätze erörtert, die nachsorgend oder vorbeugend für eine gleichmäßigere Verteilung wirtschaftlicher und sozialer Risiken in Krisensituationen sorgen könnten.

Mindestlohn: Nicht nur die Höhe ist entscheidend

Die [Analyse](#) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) verweist auf strukturelle Schwachstellen bei der Mindestlohneinführung und empfiehlt Aspekte wie innovative, kostengünstige und effiziente Kontrollmechanismen, stärkere Anreize für gesetzeskonformes Handeln und Strategien zur Realisierung eines besseren Arbeitsschutzes bei der zukünftigen Mindestlohndebatte stärker zu berücksichtigen.

IAB-Kurzbericht: Aktive Arbeitsmarktpolitik für arbeitslose Geflüchtete im SGB II: Der Großteil der Maßnahmen erhöht den Arbeitsmarkterfolg

Laut Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wurden in den Jahren 2015 bis 2020 etwa 1,9 Millionen Asylanträge in Deutschland gestellt.

Diese [IAB-Studie](#) untersucht, inwieweit Fördermaßnahmen zur Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt beigetragen haben. Es zeigt sich: Die untersuchten Maßnahmen sind ähnlich effektiv für Geflüchtete wie für arbeitslose Grundsicherungsbeziehende insgesamt.

["Horizontale Segregation auf dem Arbeitsmarkt: Unterschiedliche Anforderungen an Frauen und Männer?"](#)

Eine Analyse auf Grundlage von Stellenanzeigen" ist der Titel einer aktuellen Publikation der Hans-Böckler-Stiftung.

Digitale Teilhabe armer Menschen: Der Paritätische fordert Hilfen zur digitalen Ausstattung einkommensschwacher Haushalte

In einer [aktuellen Positionierung](#) stellt der Vorstand des Paritätischen Gesamtverbands klar: Die technische Ausstattung in Form mobiler Endgeräte sowie der Zugang zum Internet, um diese in ausreichender Weise zu nutzen, gehört heute zum soziokulturellen Existenzminimum, muss für alle gewährleistet sein und darf nicht am Mangel finanzieller Ressourcen scheitern.

Veranstaltungen

Nürnberger Gespräche 1/2021

Mit Wumms aus der Krise – was hat's dem Arbeitsmarkt gebracht?

“Wir wollen mit Wumms aus der Krise kommen“. Mit diesen Worten kündigte Bundesfinanzminister Olaf Scholz im Juni 2020 ein 130 Milliarden Euro schweres Konjunkturprogramm an. Es war neben der massiven Ausweitung der Kurzarbeit eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Folgen der Corona-Krise für Wirtschaft und Arbeitsmarkt aufzufangen. Auf der ZOOM Konferenz sollen u.a. folgende Fragen diskutiert werden:

Wie gut hat das Ausbildungssystem die Krise bislang überstanden? Und wie wirkt sich der staatliche Geldsegen langfristig aus?

Hat er Deutschland fitter gemacht für die doppelte Herausforderung der digitalen und ökologischen Transformation? - und inwieweit ist es gelungen, die Beschäftigung zu stabilisieren und einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern?

Termin und Ort: 10. Mai 2021 – Online. Keine Teilnahmegebühren.

[Programm und Registrierung](#)

didacta – die Bildungsmesse

Die [didacta](#) findet normalerweise im Wechsel mit den Standorten Köln und Hannover alle drei Jahre in Stuttgart statt. Als Europas größte Fachmesse gibt sie einen umfassenden Einblick in das gesamte Bildungswesen von der frühkindlichen Bildung über die berufliche Bildung bis hin zum lebenslangen Lernen. In diesem Jahr findet die Messe wegen der Corona-Pandemie als Online-Event statt.

Termin und Ort: 10.-12. Mai 2021 – Online

Aktuelles zur Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen

Das Vergaberecht gewinnt zunehmend an Komplexität. Das Seminar der bag arbeit behandelt aktuelle Entwicklungen im Vergaberecht und insbesondere zur Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen. Dabei wird auf klassische Stolpersteine und Fallstricke eingegangen. Im interaktiven Gespräch werden Praxistipps vermittelt, um die Rechtssicherheit zu erhöhen und Risiken zu minimieren.

Termin und Ort: 27. Mai 2021 – Online. Die Teilnahmegebühren betragen 195/260 Euro.

[Programm und Anmeldung](#)

"Bildung neu denken – sozial, gerecht, digital

Der digitale IB Kongress thematisiert folgende Kernfragen: Was trägt zum nachhaltigen Bildungserfolg bei? Welchen Einfluss hat die soziale Herkunft? Wie können Bildungschancen gerecht vergeben werden? Was bedeutet lebenslanges Lernen? Und welchen Anteil daran hat die im vergangenen Jahr so stark beschleunigte Digitalisierung.

Termin und Ort: 28. Mai 2021 – Online. Keine Teilnahmegebühren.

[Programm und Anmeldung](#)